



Gemeinderatssitzung vom 27. Februar 2024

Zusammenfassung der wichtigsten Tagesordnungspunkte. Die vollständige Niederschrift liegt im Rathaus auf und kann bei Interesse eingesehen werden.

Pkt. 2 **Volksbefragung zum neuen SPÖ-Gewerbe- & Betriebsgebiet in der Wiener Straße - Diskussion und Beschlussfassung. -**

Der Tagesordnungspunkt 2 ist gemäß § 26 Abs. 2 der Bgld. Gemeindeordnung 2003 von den Gemeinderäten der ÖVP, TVM und Grünen beantragt worden.

Bürgermeisterin Claudia Schlager erteilt der Opposition das Wort.

Stadtrat Thomas Haffer:

Auf Initiative der Mattersburg Opposition treffen wir uns heute zu dieser Sondersitzung im Gemeinderat. Die Unterlage ist allen zugegangen. Ich darf das in aller Kürze vielleicht nochmal zusammenfassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass Projekte in dieser Größenordnung einen Dialog mit der Bevölkerung brauchen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass dieser Prozess im Rahmen einer Volksbefragung sinnvoll wäre. Es muss die Frage gestellt werden, in welche Richtung sich diese Stadt entwickeln soll. Wir möchten auch die SPÖ beim Wort nehmen und die Menschen zu diesem Projekt befragen. Wir haben bei anderen Projekten in der Stadt erlebt, wie mit Informationsveranstaltungen nicht jeder Zweifel ausgeräumt werden kann, sondern es echte Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger braucht. Wir werden deswegen, gleich den Antrag, der allen zugegangen ist, stellen.

Wir stellen daher folgenden Antrag: „Der Gemeinderat der Stadtgemeinde Mattersburg möge die Abhaltung einer Volksbefragung mit folgender Fragestellung beschließen. Sind Sie für die Schaffung eines neuen Gewerbegebiets mit großen Produktionsbetrieben neben einem Einkaufszentrum in unmittelbarer Nähe zur Wohnsiedlung in der Wienerstraße oder sprechen Sie sich für den Verbrauch und die Nutzung bereits gewidmeter Flächen neben bestehenden Industrie- und Gewerbeanlagen an anderen Standorten von Mattersburg und die Bekämpfung des gravierenden Leerstandes aus.“

Wir haben erlebt, dass die Bevölkerung zuerst ihnen ein Einkaufszentrum als Nahversorger verkauft und schön geredet worden ist und jetzt sind diese Absichten enttarnt. Es sollen in der Wienerstraße große Produktionsbetriebe Platz finden, neben, und das ist ein Faktum, der größten Wohnsiedlung unserer Stadt. Das bedeutet überspitzt formuliert, Industrie auf der anderen Seite von Wohnraum und Kinderspielplatz und als Volkspartei stehen wir

klar auf dem Standpunkt das Flächen, wo bereits Gewerbegebiete, wo bereits Industriegebiete bestehen, genutzt werden sollen, anstatt diese neuen Projekte zu forcieren und vor allem braucht das einen Masterplan zur Entwicklung unserer Stadt und nicht immer wieder neue Schnellschüsse und Einzelprojekte. Im Interesse der gesamten Mattersburger Bevölkerung bitte ich heute alle Fraktionen, auch die Mehrheit, um Zustimmung.

Gemeinderat Peter Pregel:

Wir sehen das ähnlich wie Stadtrat Haffer. Wir sind eigentlich generell immer für mehr Einbindung der Bevölkerung. Gerade, wenn es um so große Projekte geht, wie das was wir jetzt andenken in der Wienerstraße umzusetzen. Wenn man sich die eine oder andere Umfrage auch anschaut, was online war, wenn sich 85,1 % oder bzw. 87,9% der Bevölkerung gegen so einen neuen Gewerbepark ausspricht, glaube ich, ist das schon ein Auftrag für uns alle, dass wir sagen, wir binden wirklich die Bevölkerung ein im Zuge einer Befragung. Ich frage mich wirklich, warum wir das nicht umsetzen, warum die SPÖ da strikt dagegen ist. Wovor haben wir denn Angst? Vor der eigenen Bevölkerung, dass wir sagen, wollt ihr wirklich diese Entwicklung für die Stadt haben oder nicht. Also ich würde wirklich sagen und schauen und raten, dass wir alle gemeinsam die Bevölkerung einbinden und das wir das heute einstimmig auch beschließen können.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez:

Als Gemeinderätin der Grünen stehe ich voll hinter dem Antrag der Opposition eine Volksbefragung bezüglich der Errichtung eines geplanten Gewerbe- und Betriebsgebietes in der Wienerstraße, am Ortsrand von Mattersburg, durchzuführen.

Warum? Wir Grünen sind für einen sehr sparsamen Umgang mit Ackerland und Grünland, für anderweitige Bodennutzung und Versiegelung. Laut eines Onlineberichtes des ORF von gestern verlangen Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen ein radikales Umdenken in Bodenpolitik und Baubranche. Sie weisen darauf hin, bereits bebaute Flächen sinnvoll zu nutzen und jegliche Bodeninanspruchnahme einzuschränken. Vizekanzler Werner Kogler erinnert, dass im Regierungsprogramm stehe, den Bodenverbrauch bis 2030 auf 2,5 ha pro Tag zu beschränken. Aber laut Zahlen des Umweltbundesamtes ist Österreich mit einem täglichen Flächenverbrauch von 11,3 ha für Bautätigkeiten, Verkehr und Betriebsflächen weit entfernt von den Zielen des Regierungsprogrammes. Wollen wir als Mattersburger Gemeinde als schwarze Schafe dastehen? Die den Bodenverbrauch in Österreich vorantreiben. Oder wollen wir nicht lieber Vorbildgemeinde sein, die den weiteren Bodenverbrauch vermeidet und schon versiegelte Flächen und Leerstände nützt.

Wir könnten gefühlt Millionen in diese Nutzungen und Renovierungen investieren, statt um 140 Euro pro Quadratmeter Ackerböden und Grünflächen anzukaufen und sie dann für Betriebe, Parkplätze und Straßen versiegeln zu lassen. Es geht um 30.000 m² kostbaren Boden, den sollten wir nicht verlieren. Fragen wir doch die Bevölkerung, ob sie diesen Grünraum für die Errichtung eines neuen Gewerbe- und Betriebsgebietes verlieren will, oder ob sie die Nutzung schon bestehender Anlagen bevorzugt. Oder hat die SPÖ etwa Angst vor einer umweltbewussten Bevölkerung, die sich bei der Volksbefragung gegen das geplante Gewerbe- und Betriebsgebiet auf der grünen Wiese, direkt gegenüber der großen Wohnhausanlage, aussprechen könnte?

Danach erteilt Bürgermeisterin Claudia Schlager der SPÖ-Fraktion das Wort.

Gemeinderat Andreas Korzil:

Zum Antrag der gesamten Opposition ist festzustellen, dass der Titel des Antrages schon irreführend ist. Das gegenständliche Gebiet in der Wiener Straße ist sicher kein „SPÖ-Gewerbe- und Betriebsgebiet“. Hier wird suggeriert, dass die SPÖ diese Flächen erworben hat und daher auch für die Veräußerung zuständig wäre. festzuhalten dazu ist, dass mit entsprechenden Gemeinderatsbeschlüssen ein Lebensmittelhandel und die Stadtgemeinde Mattersburg im November 2023 und seit Dezember 2023 die Mattersburger Stadtentwicklungs & CO KG über Auftrag der Stadtgemeinde Flächen erworben hat und erwerben wird. Diese Flächen sind für die zukünftige Realisierung eines im Einflussbereich der Stadtgemeinde stehenden Betriebsgebietes gedacht und somit für die weitere wirtschaftliche Entwicklung der Stadtgemeinde. Wir werden daher in der weiteren Diskussion über das Betriebsgebiet der Stadtgemeinde reden und auf diese falsche Darstellung nicht weiter eingehen.

Zum Antrag der gesamten Opposition ist weiter festzustellen, dass nicht ersichtlich ist, warum alle Gemeinderäte der Opposition die Amtsenthebung der Bürgermeisterin gemäß § 26 der Burgenländischen Gemeindeordnung 2003 beantragen. Es ist das kontrovers diskutierte Thema eines Betriebsgebietes sicher nicht gerechtfertigt für ein Amtsenthebungsverfahren. Wenn jedoch mit diesem Antrag, und das vermuten wir, lediglich die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes beantragt werden sollte, lässt sich nicht ablesen, ob die Aufnahme nach § 38 Abs. 4 - für die nächste Gemeinderatssitzung, oder die Aufnahme nach § 36 Abs. 2 - dringliche Aufnahme und Abhaltung einer Gemeinderatssitzung, gemeint war. Es steht in der Gemeindeordnung, die den Mitgliedern der Opposition vorliegt, sicher auch der richtige Paragraph.

Um hier nicht den Eindruck erwecken zu lassen, dass die SPÖ dieses Thema scheut, hat sich unsere Bürgermeisterin entschlossen, den Antrag nach § 36 Abs. 2 zu interpretieren und den Gemeinderat relativ rasch einzuberufen. Die SPÖ-Fraktion wird auch keine Geschäftsordnungstricks anwenden und durch Auszug oder ähnliche Maßnahmen die Beschlussfassung zu diesem Thema verhindern.

Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann:

Tatsache ist, dass der Flächenwidmungsplan der Stadtgemeinde Mattersburg aus dem Jahr 1973, der in der Gemeinderatssitzung vom 10.12.1971 einstimmig beschlossen wurde, hat in der Wiener Straße auch bereits damals die nun in der Diskussion stehenden Grundstücke als Bauland-Mischgebiet ausgewiesen. Mit der Einteilung des Baulandes in Wohn-, Betriebs-, Industriegebiet usw. im Jahr 2007 wurde mit der Änderung des Flächenwidmungsplanes mit einstimmigen Gemeinderatsbeschluss vom 12.12.2007 ab dem Jahr 2008 auch dieser Bereich als Aufschließungsgebiet-Betriebsgebiet ausgewiesen.

Gemeinderat Ing. Thomas Szlavich:

Seit damals hätten alle Grundstückseigentümer ohne Mitwirkung der Gemeinde diese Grundstücke als Betriebsgebiet an interessierte Betriebe verkaufen können, die Erschließung wäre großräumig immer sichergestellt und somit die Nutzung möglich gewesen. Der Gemeinderat hätte bei vorliegendem Erschließungskonzept die Umwidmung von Aufschließungs-Betriebsgebiet in Bauland-Betriebsgebiet beschließen müssen.

Gemeinderat Martin Strobl:

Seit der Errichtung der Fußballakademie in den Jahren 2006 bis 2008 ist bei der Kreuzung Wiener Straße und Sinowatz-Straße ein Kreisverkehr geplant, der auch das Betriebsgebiet erschließen sollte. Dieser Kreisverkehr wurde bei der 1. digitalisierten Änderung des Flächenwidmungsplanes ebenfalls im Gemeinderat am 12.12.2007 einstimmig gewidmet.

Seit einigen Jahren versucht die SPÖ Mattersburg für die ca. 2.500 Bewohner in den angrenzenden Siedlungen einen Nahversorger anzusiedeln, der auch fußläufig und mit dem Rad erreichbar sein soll, damit auch der Verkehr durch die Stadt zu den vorhandenen Lebensmittelmärkten eingedämmt wird. Auch im SPÖ-Wahlprogramm für die Gemeinderatswahl 2022 war dies ein Vorhaben, das nun endlich umgesetzt werden kann. Die SPÖ hat nie verschwiegen, dass ein Lebensmittelmarkt für diese Stadtseite gewünscht ist. Klargestellt wurde immer, dass jedoch kein weiteres Einkaufszentrum entstehen soll. festzuhalten ist in diesem Zusammenhang auch, dass zwischen Einkaufszentrum und Betriebsgebiet ein großer Unterschied besteht –

- ein Einkaufszentrum deckt die flächendeckende Nahversorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs,

- ein Betriebsgebiet ermöglicht die Ansiedlung von gewerblichen Betriebsanlagen, sowie die Errichtung von betriebsnotwendigen Verwaltungs- und Wohngebäuden und Lagerplätzen, die keine das örtlich zumutbare Maß übersteigende Beeinträchtigung oder Belästigung der Anrainer verursachen.

Daher sind das Betriebe des Handels und Gewerbes, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit in der Innenstadt keinen Platz haben. Im gegenständlichen Fall ist die Entfernung zu den letzten Wohngebäuden dafür aber auch groß genug.

Gemeinderat Christian Ulrich:

In der Stadtratssitzung am 24.05.2023, also vor rund 9 Monaten, wurde unter Tagesordnungspunkt 4 der mögliche Ankauf von Grundstücken für die Schaffung eines Betriebsgebietes in der Wiener Straße durch die Stadtentwicklungs & CO KG mit der Errichtung eines Kreisverkehrs und eines Lebensmittelmarktes besprochen. Allen vorgeschlagenen Punkten und deren Umsetzung wurde einstimmig zugestimmt, Stadtrat Thomas Haffer regte ergänzend an, dass beim geplanten Einkaufsmarkt der Parkplatz nicht versiegelt werden soll.

Gemeinderat Mgr. Martin Pötttschacher:

In den letzten Sitzungen des Gemeinderates im Jahr 2023 wurde auch bei Anfragen immer klargestellt, dass außer einem Lebensmittelmarkt kein weiteres Einkaufszentrum - wie seitens der Opposition absichtlich fälschlich dargestellt wird -entstehen soll. Dies ist seit der letzten Novelle des Bgld. Raumplanungsgesetzes, seit Mai 2023, auch nicht mehr möglich. Dass eine Nutzung als Betriebsgebiet angedacht ist, wurde ja auch seit der Stadtratssitzung im Mai 2023 immer betont.

Gemeinderätin Sophia Wilfing:

Die nun von der Opposition unnötig gestartete Leerstands-Diskussion im Zusammenhang mit dieser Schaffung von Betriebsgebiet geht am Problem der Leerstandsvermarktung vorbei. Leerstände sind sicher kein Mattersburger Problem, auch andere Bezirksvororte haben damit zu kämpfen. Leerstände sind nicht der Untätigkeit der Stadtgemeinde Mattersburg geschuldet, durch Unternehmerförderungen, vor allem bei Innenstadtgeschäften, versucht die Stadtgemeinde seit Jahren dagegen zu wirken. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise und die fehlenden Nachfolger kann aber auch nicht die Stadt wegzaubern. Zu den Leerständen ist festzuhalten, dass bei den beiden Einkaufszentren manche Leerstände seitens der Betreiber auch strategisch vorgenommen werden und in der Innenstadt vielfach die Eigentümer als Vermieter entweder zu hohe Mieten verlangen oder an einer Weitervermietung nicht interessiert sind.

Leerstandsvermarktung und Schaffung von Betriebsgebiet schließen sich auch nicht aus, auch die SPÖ-Fraktion ist für eine intensive Bewerbung von leerstehenden Geschäftslokalen in der Innenstadt und bekennt sich auch weiterhin zur Unternehmerförderung in diesem Bereich. Und zusätzliche Betriebsansiedelungen - stärken den Wirtschaftsstandort Mattersburg und sichern auch die innerstädtischen Handelsbetriebe ab, genauso wie innerstädtische Einwohner, die ohne PKW einkaufen können.

Natürlich erwarten wir uns durch diese Betriebsansiedelungen, genauso wie bei den Betriebsgebieten in Walbersdorf die Schaffung von Arbeitsplätzen und dadurch auch höhere Kommunalsteuereinnahmen, letztendlich geht es auch dabei um die weitere Entwicklung des Standortes Mattersburg.

Stadträtin Viktoria Lehrner-Fabes:

Auch das Argument, dass große Produktionsbetriebe neben einer Wohnsiedlung keinen Platz haben, ist seitens der Opposition nur Polemik. Erstens ist der größte Arbeitgeber und der größte Produktionsbetrieb der Stadt, die Felix Austria, noch näher an Wohngebieten und zweitens hat es durch den Ankauf die Stadt ja direkt in der Hand, darauf zu achten, dass die Bevölkerung von Emissionen und Immissionen beim Betriebsgebiet geschützt werden kann. Wenn diese Flächen von privaten Eigentümern verkauft oder vermittelt werden, ist der Gestaltungsspielraum der Stadtgemeinde als Baubehörde relativ gering.

Und Drittens stellt die ÖVP nun auch fest, dass es sich in der Wiener Straße um eine der größten Wohnsiedlungen der Stadt handelt, vor kurzen noch als soziales Wohn-Ghetto von Gemeinderat Feiler titulierte, warum wird dann dieser Siedlung kein Nahversorger zugestanden?

Wenn die ÖVP fordert, dass bereits gewidmete Flächen genutzt werden sollen, ist das genau die Intention der SPÖ- wir widmen keine neuen Flächen und wollen die vorhandenen gewidmeten Betriebsgebiete nutzen. Übrigens, dass die SPÖ schonend mit Flächen umgeht, hat wahrscheinlich die gesamte Opposition auch wieder vergessen, bei der 11. Änderung des Flächenwidmungsplanes wurden Flächen, die als Aufschließungsgebiet Betriebsgebiet bereits seit langem gewidmet waren, mit Zustimmung der Grundeigentümer auch wieder zurückgewidmet.

Weiters haben wir es natürlich auch selbst in der Hand, dass mit diesen Flächen schonend umgegangen wird. Dass wir das Thema Bodenversiegelung und Klimaschutz in Betriebsgebieten ernst nehmen, zeigt sich auch beim neuen Postverteilerzentrum. Hier wurden während der Bauverhandlung auch viele Punkte dazu vorgeschrieben.

Stadtrat Martin Aufner:

Gemäß den einschlägigen Bestimmungen des Bgld. Gemeindevolksrechtegesetzes, § 8 - Durchführung, Abs. 4 ist die Frage, die einer Volksbefragung unterzogen werden soll, möglichst kurz, sachlich und eindeutig, ohne wertende Beifügungen und so zu stellen, dass sie entweder mit "Ja", oder mit "Nein" beantwortet oder, wenn über zwei oder mehrere Entscheidungsmöglichkeiten entschieden werden soll, die gewählte Entscheidungsmöglichkeit eindeutig bezeichnet werden kann.

Unabhängig von der Sinnhaftigkeit einer Volksbefragung zu diesem Thema ist auch die Fragestellung des Oppositionsantrages nicht eindeutig und könnte daher so auch nicht einer Volksbefragung unterzogen werden.

Stadtrat Thomas Tschach:

Dass der Opposition die Entwicklung der Stadt egal ist und es nur um destruktive Politik geht, zeigt sich in vielen Bereichen. Aus einem Sparmarkt wird ein Einkaufszentrum, aus einem Gewerbegebiet wird ein Industriegebiet mit schwerer Industrie. Das ganze wird an die Bevölkerung, unter eben diesen falschen Tatsachen, dann weitergegeben. Die Leute werden verunsichert, irritiert. Es wird Panik gemacht und danach kommt die Idee nach der Beeinflussung die Bevölkerung darüber abstimmen zu lassen. Es zeigt sich nicht nur in diesem Bereich jetzt beim Industriegebiet, sondern auch am Verhalten in den Sitzungen zum Teilbebauungsplan in der Innenstadt. Anstelle alle eigenen Argumente vorzubringen, zog es die vereinte Opposition vor, ohne Diskussion auszuziehen und als Gipfel dazu noch in der Wiederholungssitzung erst gar nicht zu erscheinen.

Konstruktives Zusammenarbeiten sieht anders aus! Die SPÖ verzichtet aber auf diese Spielchen und wird heute nicht ausziehen und einen Beschluss verhindern, wir stehen zu unserer Verantwortung für diese Stadt und haben uns auch schon oft genug der Diskussion mit unseren Bürgern gestellt, die Beispiele sind bekannt. Es ist jedoch dazu festzuhalten, dass wir bei der letzten Gemeinderatswahl mit einer sehr großen Mehrheit ausgestattet worden sind und daher auch die Verantwortung für unsere Projekte übernehmen. Eine aus reiner Parteitaktik heraus gewollte Volksbefragung lehnen wir ab. Vor allem, wenn, wie uns beim letzten Mal signalisiert wurde, ein für die Betreiber negativer Ausgang der Volksbefragung an der weiteren Verhinderungspolitik nichts ändern würde. Das ist sicher nicht unser Demokratieverständnis.

Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits:

Dass der ÖVP der Bürgerwille egal ist und Mehrheiten nur dann akzeptiert werden, wenn sie sich mit der eigenen Meinung decken, sieht man an den Beispielen Feuerwehrhaus Sieggraben und Gemeindefinanzpaket des Landes.

Der Mehrheitswille der Bürger in Sieggraben für den Neubau des Feuerwehrhauses war der dortigen ÖVP egal, mit Mehrheit haben sie den Gemeinderatsbeschluss trotzdem verhindert.

Der Mehrheitswille der bgl. Bürgermeister, auch von sehr prominenten ÖVP-Bürgermeistern, zum Finanzpaket des Landes zur Absicherung der Gemeinden, scheitert am Nein einiger ÖVP-LandesparteiFunktionäre. Der parteiinterne Machtkampf der ÖVP am Rücken aller Gemeinden lässt für den Landtagswahlkampf schon heute nicht Gutes befürchten. Der ÖVP geht es im Land und auch in der Stadt nur darum der SPÖ zu schaden. Der ÖVP ist die Stadt egal, der ÖVP sind unsere Bürger egal, es geht nur gegen die Bürgermeisterin und die SPÖ.

Dass die ÖVP der Stadt weiteren Schaden zufügt, werden wir verhindern. Nein zur scheinheilig geforderten „Bürgerbeteiligung“, wir geben der ÖVP keine weitere Bühne für parteipolitische Attacken zu Lasten der Stadt und der Bürger.

Der Antrag der Opposition auf Abhaltung einer Volksbefragung ist daher abzulehnen.

Bürgermeisterin Claudia Schlager:

Ich darf auch noch kurz etwas dazu sagen. Ich darf der Opposition bzw. der ÖVP Mattersburg zu der tollen Fantasie gratulieren, die sie heute an den Tag gelegt haben mit dem neuen Posting. Ich bin echt erstaunt. So viel Fantasie hätte ich euch gar nicht zugetraut. Anscheinend, das schaut aus als ob wir dort ein Atomkraftwerk bald stehen hätten. Ist das eure Anschauung wie das dort ausschauen soll? Dann, armes Mattersburg! Es hat sich für mich wieder gezeigt, nicht zum ersten Mal, sondern auch schon wie ihr das bei der Michael Koch-

Straße gemacht habt, dass ihr mit falschen Informationen, falschen Fotomontagen die Bevölkerung in Panik versetzt und das finde ich echt spannend. Armes Mattersburg, sage ich nur dazu.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez:

Ich möchte zu einigen Wortmeldungen, die mich wirklich erschüttert haben, Stellung nehmen. Zunächst einmal zu der Wortmeldung von Thomas Tschach ich erwarte mir hier eine Entschuldigung. Wenn du mir vorwirfst eine destruktive Stadtpolitik, dann finde ich das eine Katastrophe und finde das eine extreme Unterstellung und ich erwarte mir von dir dafür eine Entschuldigung. Ich mache keine destruktive Stadtpolitik - überhaupt nicht! Ich versuche und die Grünen versuchen, so konstruktiv wie nur möglich zu sein.

Zweiter Punkt: Niemand hat auf die Bodenschutzproblematik Bezug genommen - niemand. Und das ist doch heutzutage, ich habe das also sehr gut argumentiert, ein ganz, ganz wichtiges Problem und etwas was gegen die Pläne spricht.

Drittens: Es gibt Beispiele in Österreich von Rückwidmungen. Wenn 1973 etwas gewidmet wurde, mit großen Zukunftsvisionen, die aber heute nicht mehr als Missionen gelten, so denke ich mir, kann man auch mutig sein und sagen, wir haben uns geirrt oder die Stadt hat sich weiterentwickelt bis heute. Wir können auch wieder rückwidmen.

Zu den Leerständen möchte ich sagen, natürlich sollte man versuchen, auch wenn Leerstände im Privateigentum ist, man kann mit den Privateigentümern sprechen, versuchen Leerstände wieder zu aktivieren und diese zu nutzen. Und zu dem Thema Gewerbezentrum in Walbersdorf möchte ich sagen, dass ich einen Antrag gestellt habe, dass dieses Gewerbezentrum möglichst viele Umweltauflagen erfüllt und dieser Antrag wurde zurückgewiesen.

Gemeinderat Peter Wagentristl:

Ganz kurz zusammenfassend. Also wir haben jetzt gehört, dass 1973 was beschlossen worden ist. Ich war da noch nicht auf der Welt, ich glaube auch, dass man sich in der Zeit durchaus weiterentwickeln darf, von 1973 bis jetzt. Der Gemeinderat Szlavich hat gesagt, wir hätten das verkaufen können bis jetzt, haben es aber nicht gemacht. Das muss die Stadt initiieren nicht wir.

Zwischenruf von Gemeinderat Ing. Thomas Szlavich: Nicht wir hätten dies verkaufen können, sondern die Grundstückseigentümer

Gemeinderat Peter Wagentristl setzt fort:

Der Gemeinderat Strobl erzählt was über einen Kreisverkehr für die Fußballakademie. Es kam was über Leerstände, zum Beispiel das sie kein Mattersburger Problem sind. Die sind sehr wohl ein Mattersburg Problem, auch wenn sie andere haben, ist es trotzdem ein Mattersburg Problem. Wir haben es nur nicht alleine, aber wir sollten es trotzdem angehen. Wir haben gehört, dass der Opposition alles egal ist. Es wird immer wieder betont, dass ihr nicht auszieht. Das ist auch absolut nicht notwendig, wenn man die absolute Mehrheit hat. Das wissen aber auch, glaube ich, die meisten die da sitzen. Der Herr Vizebürgermeister bringt Beispiele von Siegggraben und von der Landespolitik. Das heißt, wir haben jetzt eigentlich sehr viel gehört, das war auch sehr schön aufbereitet. Was wir nicht gehört haben, warum ihr eigentlich gegen eine Volksbefragung seid? Es war auch kein einziger konstruktiver Vorschlag dabei wie man es vielleicht umformulieren kann, dass es euch reinpasst oder das ihr da irgendwie einen Vorteil daraus seht und es ist eigentlich kein einziger konstruktiver Vorschlag

dazu gekommen. Ihr habt zwar alle schön was aufgesagt, aber dass man darauf eingeht, warum man das eigentlich nicht möchte, warum man die Bevölkerung nicht mit einbeziehen möchte, das ist mir zumindest entgangen.

Nachdem wir das nur sehr schwer verhindern können, weil ihr eben mit einer für uns sehr schwierigen Mehrheit ausgestattet seid, würde mich zumindest konstruktiv interessieren, ob das der letzte Stand, den ich kenne, von MIRO für die Verkehrsthematik in der Stadt war immer, wir gliedern das Konzept in der Michael Koch-Straße vorerst einmal aus, weil man nicht weiß, was dort genau hinkommt. Das ist der letzte Stand, den ich habe. Jetzt wäre natürlich interessant, wenn man dort draußen wieder irgendetwas hinpflanzt, und man weiß in Wirklichkeit nicht, was dann an Verkehrsaufkommen ist, ob man das zumindest irgendwie berücksichtigt was das für den Verkehr in der Stadt und vor allem Richtung Wiesen rüber bedeutet. Das wär sinnvoll, wenn man das vorher abklären zu können.

Gemeinderat Peter Pregl:

Das „Schönreden“ seitens der SPÖ hat eigentlich schon Tradition. Man kann sagen die SPÖ kann nichts dafür für die Geisterstadt. Die SPÖ kann nichts dafür für den Geisterbus. Die SPÖ kann nichts dafür für die Bodenversiegelung und so weiter. Es werden Tatsachen immer wieder verdreht. Ich möchte erinnern, der Kreisverkehr bei der Feuerwehr wurde nicht einstimmig beschlossen, so wie du es erwähnt hast. Da hat es sehr viele Gegenstimmen gegeben.

Zwischenruf Gemeinderat Martin Strobl:

Ich habe gesagt bei der Digitalisierung des Flächenwidmungsplanes.

Gemeinderat Peter Pregl setzt fort:

Der Kreisverkehr ist trotzdem nicht einstimmig beschlossen worden bei der Feuerwehr. Das sind eben Tatsachen. Wenn tausend Quadratmeter für einen Spar versiegelt werden, ist das für mich kein Nahversorger, sondern sehr wohl schon ein Einkaufszentrum. Die Bürger haben ja Augen und sehen genau was los ist hier. Wir haben überall Leerstände. Es wird weiter Bodenversiegelung durchgeführt, die nichts bringen, im Gegenteil. Konstruktive Arbeit, Thomas, die ist von uns sehr wohl gegeben. Ansonsten hätten wir nicht schon so viele Anträge einstimmig beschließen können oder auch Anträge von den Oppositionsparteien, was wir gemeinsam beschlossen haben. Also das ist wirklich eine Unterstellung die mir nicht gefällt.

Und wegen unserem Auszug. Ja, warum? Weil es uns die letzte Möglichkeit war, was wir machen haben können, weil wir an der Seite der Bürger stehen. Und wenn da draußen eine Demonstration ist mit über hundert Leuten, die bei einer jeden Witterung da draußen stehen, sehe ich das als Auftrag, dass man da sehr wohl ein Zeichen setzt und was wollen wir denn? Es wird sowieso immer alles abgelehnt mit der SPÖ-Mehrheit. Das sind einmal die Tatsachen.

Ersatzgemeinderat Patrick Kerschbaum:

Ich möchte auf das Statement vom Herrn Stadtrat Tschach eingehen. Die Vorwürfe sind schon ziemlich heftig und auch inhaltlich nicht korrekt, weil alleine wenn man jetzt die Postings hernimmt von Herrn Nikles, wo es dezidiert, wortwörtlich um große Produktionsbetriebe geht, dann kann es nicht so eine kleine Betriebsstätte sein da oben und es geht da nicht um einen Nahversorger. Es geht da nicht um einen Supermarkt, weil bei einem Nahversorger sprechen wir von bis zu 500 m², bei einem Supermarkt sprechen wir bis zu 750 m² und

vom Raumplanungsgesetz und Gewerbegesetz sprechen wir bei einem Eurosparmarkt von einem Einkaufszentrum, wenn wir bei 1300 m² plus sind in der Verkaufsfläche und da sind wir einfach im Einkaufszentrum und nicht bei einem Nahversorger, nicht beim Supermarkt. Das kann man so nicht nennen, weil es einfach das Raumplanungsgesetz im Burgenland nicht vorsieht und auch die Gewerbeordnung so nicht vorsieht. Das ist ein Einkaufszentrum vom Gesetz her und wie gesagt, große Produktionsbetriebe so wie der Herr Nikles schon schriftlich gemacht hat.

Stadtrat Thomas Haffer:

Ich möchte Erstens was festhalten. Große Worte, in Wahrheit eine sehr langgezogene Rede, die wir gehört haben, aufgeteilt auf mehrere Leute, gut vorbereitet. Aber eines möchte ich entschieden zurückweisen und wir können über alles diskutieren. Ihr wisst das. Wir können über jedes Thema diskutieren. Wir können alles auch kontrovers diskutieren, ich bin voll dabei. Aber der Opposition und der ÖVP vorwerfen, dass denen die Stadt egal ist, dass das scheinheilig ist, was ist denn das für eine Sprache? Ich werfe euch auch nicht vor, dass das scheinheilig ist. Ich werfe euch auch nicht vor, dass euch die Stadt egal ist. Das muss man echt festhalten.

Auf eine Wortmeldung möchte ich auch noch Bezug nehmen, weil das war die einzige Sitzung wo ich dabei war, weil für Gemeinderatsdiskussionen oder Beschlüsse von 1971 oder 2007 kann ich wenig reflektieren. Das einzige die Stadtratssitzung, die angesprochene, zu einem möglichen Ankauf von Flächen. Ja, möglich. Aber wir diskutieren, erstens diskutieren wir intern, zweiten diskutieren wir mit den Leuten. Wir reden mit Menschen. Und wir haben das nicht gutheißen können in weiterer Folge und ich finde, dass wir Sitzungen zitieren, die stattgefunden haben bevor der stärkste Jahrgang in dem Gemeinderat überhaupt auf der Welt war, nämlich meiner, das ist lächerlich. Und Leerstand, dieses Stichwort haben wir jetzt oft gehört und ich bitte das wir einfach differenzieren. Leerstand, das ist nicht nur das was wir sehen. Das ist klar. Das sind nicht nur die Objekte, die leer stehen. Das ist sehr plakativ. Nein, das sind auch die ganzen Leerflächen, weil es gibt auch Leerflächen dazwischen, die gewidmete Betriebsgebiete, Industriegebiete sind. Die gibt es auch genug und das müssen wir mitdenken und das müssen wir uns überlegen, wie es der Kollege Wagentristl gesagt hat, wir müssen da für Mattersburg eine Lösung finden. Ja, andere werden auch damit kämpfen, aber unser Anspruch muss Mattersburg sein. Und die Fragestellung der Volksbefragung. Bitte diskutieren wir darüber. Was schreiben wir rein? Wir ändern es gerne ab. Ist kein Thema. Wir sind da wirklich bereit, dass wir in eine Diskussion eingehen und wenn man dann mit einem Kompromiss hinausgeht, dass man die Menschen fragt, in welche Richtung das dort gehen soll.

Gemeinderat Werner Lehner:

Ich habe leider keinen Zettel bekommen von meinem Partner. Ich sage nur das, was mir die Leute in Mattersburg sagen und was ich höre. Ich weiß nur von einem der dort draußen verkaufen will, die anderen haben eigentlich gar nicht verkaufen wollen. Die haben gesagt, „OK, wir verkaufen jetzt auch“. Und das ist der Dr. März, das weiß man. Und ich habe die Frage, wer da etwas davon hat in Mattersburg, warum das so schnell gehen muss. Warum wir das jetzt stante pede machen müssen? Und dann möchte ich noch eines dazu sagen, dass man mit uns nicht reden kann, dass glaube ich nicht. Ich wollte eigentlich nichts sagen, aber ich muss es jetzt sagen. Die Einzigen, die nichts sagen dürfen, das ist die SPÖ, weil da wissen wir, wer das entscheiden kann. Mehr möchte ich da gar nicht mehr dazu sagen.

Stadtrat Ing. Thomas Tschach:

Ganz kurz noch. Patrick zu dir, weil du gesagt hast Einkaufszentrum mit der Fläche. Das kann ich zwar nachlesen, aber wenn ich ständig rausgehe und erkläre der Bevölkerung, da entsteht ein Einkaufszentrum für jeden, ich sage einmal, „normalen“ Menschen, ist ein Einkaufszentrum wo ich hinfahre und habe mehr Geschäfte. Wir reden von einem Lebensmittelmarkt. Bei dem bleibt es. Mit der Wortwahl transportiere ich der Bevölkerung ein komplett falsches Bild. Und ich sage und das ist meine Meinung, das passiert absichtlich.

Zur konstruktiven Zusammenarbeit: Es verblüfft mich dann auch immer wieder, wenn ich Gespräche mit einzelnen von euch führe, dass die Gespräche anders sind, wie das was man dann in Zeitungen liest. Der Bevölkerung immer ein Horrorszenario und den Teufel an die Wand zu malen, das geht nicht gut und von dem hat niemand was. Warum geht man nicht offen auf die Bevölkerung zu und gibt das wieder, was man bespricht. Wir sind noch immer bei einem Betriebsgebiet und bei einem Sparmarkt. Wenn ich mir das heutige Posting dazu anschau, Entschuldigung, aber da kommt mir das Grausen. Und was jetzt die anderen Oppositionsparteien betrifft, wenn ich mich natürlich mit einer anderen Partei zusammenschließe und ich transportiere dann diese Botschaft an die Bevölkerung, dann darf ich mich nicht wundern, wenn dann im Endeffekt gesagt wird oder festgestellt wird, dass das nicht konstruktiv ist. Also das heute, ich war selbst überrascht, ich weiß nicht wer es gemacht hat, ein Lob an den.

Bürgermeisterin Claudia Schlager setzt ein:

War eine gute Fotomontage.

Stadtrat Ing. Thomas Tschach setzt fort:

So schön ist sie auch nicht die Fotomontage.

Bürgermeisterin Claudia Schlager setzt ein:

Sehr fantasiereich.

Stadtrat Ing. Thomas Tschach setzt fort:

Was soll man dazu sagen.

Ersatzgemeinderat Patrick Kerschbaum:

Du sagst Einkaufszentrum darf man nicht sagen, wobei das ersichtlich ist, dass man das so nennt und, dass das auch eines ist, aber du darfst immer sagen „Sparmarkt“. Das ist kein Sparmarkt. Ein Sparmarkt hat maximal 500 m².

Stadtrat Ing. Thomas Tschach:

Gut, dann sagen wir ein Geschäft.

Ersatzgemeinderat Patrick Kerschbaum setzt fort:

Eurospar. Es wird ein Eurospar und kein Nahversorger und daneben kann man auch noch eine Trafik und einen Bäcker und alles hin bauen, sobald das ein Einkaufszentrum ist.

Gemeinderätin Mag. Martina Mayer-Hofmann:

Ich möchte jetzt schon darauf hinweisen, dass wir ein Wahlprogramm ausgegeben haben. Wir haben der Bevölkerung versprochen, wenn ihr uns wählt, werden wir das und das machen. Da haben wir unter anderem auch hineingeschrieben, wir werden dort einen

Nahversorger machen. Ihr werdet dort hinten jemanden bekommen. Ihr werdet nicht durch die ganze Stadt fahren müssen. Ihr werdet dort eure Lebensmittel einkaufen können. Und wir schulden und ich bin schon der Meinung, dass wir für die Bevölkerung sind. Weil wir haben es ihnen schon versprochen und wir wollen umsetzen und wir haben das umzusetzen, weil wenn wir es ihnen versprechen, weil sonst hören wir später wieder nur „die haben versprochen und es ist nichts umgesetzt geworden“. Also wir haben schon die Verpflichtung, dass wir das tun und jetzt tun wir es auch. Ich kenne auch, ich rede auch und wir reden alle mit der Bevölkerung und da gibt es viele Leute, die sich freuen, dass dort draußen jetzt was ist, dass sie nicht mehr quer durch die Stadt fahren müssen.

Gemeinderätin Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez:

Ich selber bin gegen den Sparmarkt aber es ist trotzdem ein riesen Unterschied, ob man dort einen Lebensmittelversorger macht oder ob man ein riesiges Betriebsgelände von 30.000m² verbaut. Das ist einfach ein wahnsinnig, riesiger Unterschied.

Gemeinderat Peter Pregl:

Wenn im Gesetz steht ab 1.000 m² oder ab 1.200m² oder ab 1.300 m² ist das ein Einkaufszentrum, dann ist es ein Einkaufszentrum und dann darf ich auch draußen sagen, dort entsteht ein Einkaufszentrum. Das ist einmal Fakt, weil wir stehen nicht über dem Gesetz. Ich frage mich wirklich vor was wir Angst haben, dass wir da jetzt einfach die Bevölkerung mit einbinden. Nur weil ihr ein Wahlprogram gehabt habt, wo ihr gesagt habt, ein Nahversorger, was aber kein Nahversorger ist, sondern ein Einkaufszentrum, auf das berufe ich mich. Ich berufe mich auf das, dass 85, 1 % dagegen stimmen und wollen dort draußen keine Bodenversiegelung, wollen keinen Gewerbepark, wollen kein Einkaufszentrum. Das ist nicht lächerlich. Das sind Fakten, was die Bürger bewegt. Und ich verstehe es nicht.

Stadtrat Martin Aufner:

Ich möchte jetzt niemanden beleidigen. Aber eine BVZ-Umfrage sagt nicht so viel aus.

Gemeinderat Peter Pregl:

Das ist schon richtig. Darum habe ich auch mehrere erwähnt, Martin. Das war einmal 85,9 %, einmal, das waren unterschiedliche Umfragen und wenn ihr keine Angst habt jetzt, dann fragen wir die Bevölkerung draußen. Aber scheinbar hat die SPÖ Angst oder einer zieht an der Schnur, genauso wie wunderbar eure Reden vorbereitet waren, was ihr vorgelesen habt.

Bürgermeisterin Claudia Schlager:

Wenn du die Forderung stellst, dass euch zugestanden wird, ihr dürft sagen, es ist ein Einkaufszentrum, dann erwarte ich mir aber auch von euch, dass ihr mit richtigen Darstellungen und Fotomontagen an die Öffentlichkeit geht. Denn das was heute da in den Sozialen Medien kursiert ist, ist ein absoluter Schwachsinn und entspricht nicht der Wahrheit. Also wenn ihr das fordert, dann fordere ich das auch ein. Ganz einfach. Geht bitte auf die Facebook Seite von der Volkspartei Mattersburg/Walbersdorf und schaut diese Fotomontage an. Und das ist nicht das erste Mal, dass das so gespielt wird. Das ist auch beim Areal in der Michael Koch-Straße genau dasselbe Spiel gewesen. Mit falschen Darstellungen, mit falschen Informationen die Bevölkerung verunsichern und Panik machen. Das ist einfach unterste Schublade. Und wenn ihr das von uns einfordert, dass wir bei der Wahrheit bleiben oder richtige Begriffe verwenden, dann erwarte ich mir das auch von der Opposition.

Stadtrat Ing. Thomas Tschach:

Auch wenn es im Gesetzestext so drinnen steht, für die Bevölkerung, da kann man wahrscheinlich auch draußen fragen, ist ein Einkaufszentrum nicht ein Geschäft. Und was jetzt die Abstimmung betrifft, ganz einfach, ich kann nicht vorher ein falsches Bild in der Öffentlichkeit streuen, die Leute verunsichern. Die haben etwas ganz anderes im Kopf um was es geht und dann lasse ich darüber abstimmen. Was ist denn das für ein Vorschlag?

Gemeinderat Peter Wagenristl:

Da hättet ihr schon lange Zeit gehabt dafür. Also die Diskussion gibt es schon ganz lange. Das was wir die jetzt einberufen haben müssen, die Gemeinderatssitzung. Die Diskussion, ob das dort draußen sinnvoll ist, dass man mit der Bevölkerung reden sollte, das war noch weit vor Fotomontagen. Ob sie jetzt gut sind oder nicht. Das war noch weit vor irgendwelcher Polemik, das war und das ist der Ansatz von Anfang an.

Gemeinderätin Kerstin Hötschl:

Ich schließe mich eigentlich dem Peter jetzt genau an, weil das wollte ich auch auf den Punkt bringen. Und ich glaube, es ist unabhängig, ob jetzt bei der Befragung herauskommt 50/50, 70/30, wie auch immer die Gewichtung ist. Es geht glaube ich jetzt mittlerweile auch schon ein bisschen, meiner Meinung nach, da unter die Gürtellinie. Und nach außen hin präsentieren wir uns als Gemeinderat gar nicht mehr als Einheit, ich meine, ich glaube das ist schon länger nicht mehr so. Aber die Bevölkerung draußen nimmt das oft so wahr. Wenn ich spazieren gehe mit meinem Hund und ich rede mit den Leuten, werde ich auch darauf angesprochen. Ich finde wir haben auch intern da bei uns schon größere Schwierigkeiten und Probleme.

Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits:

Wenn wir schon bei den Tatsachen sind, schon kurz erwähnt. Es wird auf dem Posting Industriegebiet genannt, das stimmt auch nicht, wenn wir schon beim Gesetz sind. Wenn wir schon beim Gesetz sind, wir haben müssen diese Gemeinderatssitzung einberufen. Wenn wir schon beim Gesetz sind, ihr habt auch die Gemeindeordnung liegen, dann müsst ihr lesen was § 26 steht. Wenn wir so nach dem Gesetz vorgegangen wären, hätten wir die Sitzung heute nicht.

Gemeinderat Werner Lehner:

Ich glaube, wir sollten alle ein bisschen nachdenken, dass wir nicht für die Parteien da sind, sondern für unsere Bürger in Mattersburg. Da sollte ein jeder ein bisschen zurücktreten. Das wäre super!

Gemeinderat Peter Pregl:

Und auch die Bürger mehr miteinbinden.

Nachdem sonst keine Wortmeldung erfolgt, lässt Bürgermeisterin Claudia Schlager über den Antrag des Stadtrates Thomas Haffer abstimmen.

Es nehmen alle 22 anwesenden Gemeinderäte an der Abstimmung teil, für den Antrag stimmen die 9 Gemeinderäte, und zwar die Stadträte Thomas Haffer und Margit Adam, weiters die Gemeinderäte Peter Pregl, Andreas Feiler, Werner Lehner, Peter Wagenristl, Mag. Elisabeth Mendoza Vasquez, Kerstin Hötschl und Ersatzgemeinderat Patrick Kerschbaum, ge-

gen den Antrag stimmen 13 Gemeinderäte, und zwar Bürgermeisterin Claudia Schlager, Vizebürgermeister Ing. Otmar Illedits, die Stadträte Ing. Thomas Tschach, Martin Aufner und Viktoria Lehrner-Fabes, weiters die Gemeinderäte Sophia Wilfing, Martin Pöttschacher, Christian Ulrich, Gertrude Handler, Martin Strobl, Ing. Thomas Szlavich, Mag. Martina Mayer-Hofmann und Ing. Andreas Korzil.

Der Antrag ist daher mehrheitlich abgelehnt.